



AfD-Ratsgruppe im Rat der Stadt Münster
AfD-Ratsgruppe
im Rat der Stadt Münster

Leostr. 16-B

48153 Münster
Tel. (0251) 60688623
martin.schiller@afd-
muenster.de

Bekennnis zu Polizei und Bundeswehr als Teil der staatlichen Sicherheitsarchitektur

Antrag an den Rat der Stadt Münster

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

1. Der Rat der Stadt Münster verurteilt die Kritik an Polizei und den Sicherheitsbehörden aus dem politischen Raum in den vergangenen Wochen.
2. Der Rat bekennt sich zur gewachsenen Sicherheitsarchitektur in Münster. Hierzu gehören in Münster Polizei, kommunaler Ordnungsdienst und die Bundeswehr. Durch sie wird die freiheitlich-demokratische Rechtsordnung in Deutschland geschützt.
3. Der Rat begrüßt es ausdrücklich, wenn Abgesandte von Polizei und Bundeswehr in schulischen Einrichtungen über ihre Arbeit informieren.
4. Ebenso spricht sich der Rat für eine aktive Teilnahme der Bundeswehr am Stadtfest in Münster aus.
- 5.

Begründung:

Deutschland ist ein demokratischer Rechtsstaat. Zur Staatlichkeit von Deutschland gehört nach außen die Staatsgrenze und damit das Staatsgebiet. Ebenso ein auf dem Staatsgebiet lebendes Staatsvolk. Und zuletzt eine über das Staatsgebiet regierende Staatsgewalt. (Dreielemente-Lehre des Staates von Georg Jellinek).

Polizei und Bundeswehr sind integrale Bestandteile dieser staatlichen Ordnung. Die Bundeswehr sichert den Erhalt der Staatsgrenzen gegenüber möglichen äußeren Feinden von Deutschland. Polizei und weitere Ordnungsbehörden – wozu auch der kommunale Ordnungsdienst gehören – sichern die staatliche Ordnung im inneren des Staatsgebietes ab.

Bei Institutionen sind deshalb fundamental und unerlässlich für das Funktionieren eines Staates. Daher sollte es selbstverständlich sein, dass alle demokratischen Parteien in Deutschland sich hinter Polizei und Bundeswehr stellen.

Denn eine parlamentarische Demokratie kann nur funktionieren, wenn der Staat über effektive Sicherheitsorgane verfügt. Über viele Jahrzehnte war diese Sichtweise in allen demokratischen Parteien eine Selbstverständlichkeit.

In den letzten Wochen und Monaten jedoch kam es durch verschiedene Politiker wiederholt zu völlig unangebrachter Kritik an der Polizei. Die Kritik richtete sich dabei

nicht gegen bestimmte Ordnungsmaßnahmen und deren Verhältnismäßigkeit. Im Gegenteil der Polizei wurde mit generalisierten Vorurteilen auf das Übelste verleumdet.

Die Polizei muss sich aber sicher sein können, dass sie bei der Anwendung von rechtlichen Vorschriften die Rückendeckung der Politik hat. Denn ansonsten kann sie ihrer Arbeit nicht mehr nachkommen. Weil sie fürchten muss, bei Anwendung des geltenden Rechtes von der Politik hierfür verurteilt zu werden.

Dies hätte dann zur Folge, dass die Polizei Straftaten nicht mehr verfolgt und aufklärt. Darunter leidet auf Dauer das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Ebenso stellt dies eine elementare Gefahr für die Sicherheitslage in Deutschland dar.

Daher ist in der gegenwärtigen Situation ein klares Bekenntnis der Stadt Münster durch den Rat als sein höchstes Gremium zur Polizei und der Bundeswehr erforderlich.

Deutschland ist ein demokratischer Staat. Daher vollzieht sich die Willensbildung der Bevölkerung von unten nach oben. Vom Bürger hin zu Staat. Damit verbunden aber ist auch die Aufgabe staatlicher Institutionen den Bürgern ihre Arbeit zu erklären und um Sympathie und Unterstützung bei der Bevölkerung zu werben.

Hierfür ist es erforderlich, dass Polizei und Bundeswehr auch in der Öffentlichkeit sichtbar sind und dort Präsenz zeigen. Damit sie sich und ihre Arbeit erklären können. Dies geschieht seit langem durch Besuche der Bundeswehr in Schulen. Ebenso hat die Bundeswehr über mehrere Jahre hin einen eigenen Stand auf dem Stadtfest von Münster gehabt.

Diese Maßnahmen von Polizei und Bundeswehr haben sich bewährt. Der Rat spricht sich deshalb für die Fortsetzung dieser vertrauensbildenden Maßnahmen aus.

gez.

Martin Schiller
Richard Mol